

DIE FACKEL

Nr. 33

WIEN, ENDE FEBRUAR

1900

Von einem Parlamente, dessen ungeheure Mehrheit die Notwendigkeit dieses Staates in Frage stellt, fordert jetzt das Ministerium Koerber die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten. Und um diesem Parlament Arbeitslust einzufloßen, hat sie ein wirtschaftliche Programm aufgestellt, das allen alles verheißt. Aber die in so kurzer Zeit bereits sprichwörtlich geworden Ungeschicklichkeit dieser Regierung hat sich auch hier nicht verleugnet. Das Arbeitsprogramm des Herr v. Koerber erweckt bei allen Volkswirten den lebhaften Wunsch, daß das Haus nichts arbeiten, daß es der Regierung auf den Bahnen, in die sie einzulenken bemüht ist, nicht folgen möge. Denn diese Bahnen sind krumm wie die politischen Wege des Ministeriums. Der geraden Straße über den Predil weicht man ängstlich aus ...

Und doch ist es nicht zu leugnen: die Situation im Parlamente ist günstiger als irgendjemand vermutet hätte. Günstig natürlich nur für die Regierung; und eben deshalb um so ungünstiger für den Staat, dem die Gefahr droht, daß die letzten drei Jahre für seine Entwicklung ungenützt bleiben und abermals ein fauler Friede unter der Bedingung des Fortfretzens geschlossen wird. Es herrscht ein Wettbewerb, Regierungspartei zu werden. Der ganze Kampf im Abgeordnetenhaus dreht sich bloß darum, daß die Parteien einander das Regierungsfutter neiden, Schließlich kommt vielleicht doch die gerühmte Annäherung zustande, und alle werden dichtgedrängt aus der Regierungskrippe fressen.

Konsequent ist heute bloß die Haltung der Deutschradikalen. Die Sozialdemokratie ist von dem Gedanken hypnotisiert, daß die Regierung ihr einen Erfolg im Kohlenstreik verschaffen werde, und keine Macht der Tatsachen vermag sie ihres Irrtums zu überführen. Ich hatte in der letzten Nummer den Sinn der beiden Erklärungen dargelegt, die Herr d'Elvert im Teschener Einigungsamte abgegeben hat. Im März des Vorjahres waren die Modalitäten der Erhebungen über die Lage der Bergarbeiter festgestellt worden. Die Vertreter der Arbeiterschaft hatten sie gutgeheißen, die Grubenbesitzer hatten protestiert. Wenn jetzt neuerlich über diese Modalitäten verhandelt werden soll, so bedeutet das doch offenbar ein Entgegenkommen, nicht gegenüber den Arbeitern, sondern den Grubenbesitzern gegenüber. Ich hatte auch gezeigt, daß die Regierung zwar eine Verkürzung der gesetzlichen, aber keinerlei Beschränkung der tatsächlichen Arbeitszeit beabsichtige. Das alles haben die Gewerke und ihre Anhängerschaft auch sehr wohl gewußt und darum auch den geringsten Schritt des Entgegenkommens in der Frage der Arbeitszeit unterlassen. Aber unsere Sozialpolitiker sind blind. In einem von neun Herren gezeichneten Aufrufe, der mir ins Haus geschickt ward, habe ich mit lebhafter Heiterkeit gelesen, daß die Versprechungen der Regierung »für deren sozialpolitische Einsicht sprechen«. Und die 'Arbeiter—Zeitung' hat Tag um Tag

sich selbst und ihre Leser glauben machen wollen, daß Koerber und die Seinen noch in diesem Fasching die soziale Frage zu lösen beabsichtigen.

Im Kabinett Koerber sitzt aber ein Mann, dessen schlichter Verstand durch keinerlei politische oder sonstige Erfahrung verdorben ist: der Ackerbauminister v. Giovanelli. Ärgerlich über die Unlogik des Geschwätzes von der sozialpolitischen Einsicht der Regierung, beschloß er, der 'Fackel' zu Hilfe zu kommen, und setzte, was ich in Nr. 32 kurz angedeutet hatte, ausführlich auseinander. Doch Herr Giovanelli und mit ihm wohl auch Herr Koerber — denn ohne Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten durfte doch der politische Neuling schwerlich eine Erklärung über eine so wichtige Angelegenheit abgeben — bedachten nicht, daß es sich gegenwärtig nicht darum handle, die Absichten der Regierung zu enthüllen, sondern sie zu verschleiern. Diese Unbedachtsamkeit rächte sich denn auch. Die Sozialdemokraten, aus ihrem holden Wahn gerissen, tobten. Und zwei Tage schien es, als sollte das Ministerium den Irrtum der Arbeiterschaft mit seinem Leben büßen. Herr v. Koerber hat sich zu helfen gewußt. Da man den Kommentar zu den beiden Regierungserklärungen nicht hören will, erklärt er ihn einfach für unrichtig. Allerdings hütet er sich sorgfältig, seinerseits jene Äußerungen zu kommentieren; er be ruft sich lediglich auf ihren Text. Den mag jetzt ein jeder, der reinen Herzens und guten Willens ist, auf seine Art lesen. Dann hat er den rechten Glauben. Und wer durchaus an die Güte der Regierung glauben will, wird eben das Böse, das sie tut, nicht aus ihrem Wesen, sondern aus dem Walten feindlicher Mächte zu begreifen suchen. Diese Gutwilligen werden, hoffe ich, wenn durch die sozialpolitische Einsicht der Regierung die Arbeiter im Streike unterliegen, das Übel, das sie trifft, nicht als Unrecht empfinden. Volenti non fit injuria.

Ich aber habe neuerlich bestätigt gesehen, was schon vor drei Wochen klar war: Daß Herr v. Koerber kein Sozialpolitiker, sondern ein Diplomat ist. Für diesen Diplomaten ist nirgends eine eigene Überzeugung maßgebend, er wählt unter fremden. Und nicht die Gerechtigkeit der Sache, sondern die Stärke und Festigkeit ihrer Vertreter imponiert ihm. Daran haben die sozialdemokratischen Abgeordneten es fehlen lassen. Schon als der Präsident ihren Antrag hinter dem Rekrutenkontingent zurückstellte, mussten sie die Sitzung sprengen und so beweisen, daß sie keine Verschleppung der Sache von 100.000 von ihnen vertretenen Männern dulden. Aber noch ist es nicht zu spät, durch eine sozialdemokratische Obstruktion im Abgeordnetenhouse, die sozialpolitische Einsicht des Ministeriums zu vertiefen.

* * *

Bildung und Logik reichen zu einem tieferen Erfassen der Dinge nicht hin. Alle geistige Vertiefung ist die Wirkung einer Gemütsverfassung. Das Staunen, haben die Griechen uns gelehrt, ist der Anfang der Philosophie. Und das *Mißtrauen* ist der Beginn politischer Einsicht. Das müßte heute, denke ich, wenn er ehrlich ist, selbst Professor v. Philippovich erkennen, der beim Einzug des Faschingsministeriums einem der zahlreichen Interviewer gegenüber, die sich jetzt die Türklinke der Gelehrtenstube reichen, die Äußerung tat, einer Regierung, der Männer wie Koerber, Boehrn, Hartel und Rezek angehören, müsse man mit Vertrauen entgegenkommen. Freilich, es ist nicht leicht, dies Vertrauen, mit dem der Herr Professor seine Logik umpanzert, zu durchdringen. Denn im letzten Grunde entspringt es seinem starken Standesbewußtsein. Wie, eine Regierung, die größtenteils aus Professoren besteht, sollte unfähig sein? Allerdings, die Herren Boehrn, Hartel und Rezek sind kei-

ne Politiker; aber sicherlich sind sie doch in ihren Spezialfächern tüchtig. Und nichts ist natürlicher, als daß dieser kranke Staat nach jahrelangen Leiden sich an die Spezialisten wendet. Als man aber nun hörte, daß die erste Tat des neuen Ministeriums die Auslieferung der österr.—ungar. Bank an den berüchtigten Bilinski sein werde, begannen viele an dem Spezialistenministerium irre zu werden. Herrn v. Philippovichs Vertrauen blieb unerschüttert: die Ernennung Bilinskis fällt nicht Herrn v. Boehm, sondern seinem Vorgänger Jorkasch zur Last. Doch sogleich folgte ein weiterer Streich: was nicht einmal Graf Thun gewagt hatte, das wollte jetzt Koerber bewilligen. Die Lueger—Weiskirchner'sche Wahlreform soll mit geringfügigen Änderungen sanktioniert werden. Professor Philippovich war nicht verlegen; schon am Tage, da die erste Nachricht eintraf, konnte er einem Mitarbeiter der 'Österreichischen Volkszeitung' versichern, er habe guten Grund — etwa eine Mitteilung des Herrn Hartel? — anzunehmen, daß auch hier die gegenwärtige Regierung von ihrer Vorgängerin in eine Zwangslage versetzt worden sei. Wenige Tage später stellte sich dann auch richtig heraus, daß die Zusicherung der Sanktionierung der Wahlreform die allerletzte Regierungshandlung des Herrn v. Wittek gewesen ist. Herr v. Philippovich kann zufrieden sein. Liberale und Sozialdemokraten sind ihm aufgesessen. Erfreut darüber, daß es ihnen erspart blieb, das Ministerium Koerber, von dem sie so viel erwarteten, anzugreifen, erhoben sie die heftigsten Anklagen gegen das Ministerium Wittek. Der Vorgang ist in Österreich nicht neu. Als seinerzeit das »definitive« Ministerium Thun ins Amt treten sollte, mußte Herr Gautsch am letzten Tage seiner Ministerpräsidentschaft noch die Sprachenverordnungen abändern und dann rasch davonlaufen. Dem Nachfolger, meinten damals schlaue Politiker, würden alle Angriffe erspart bleiben. Er war ja in eine Zwangslage versetzt. Aber wie es scheint, war man damals in Österreich gescheiter als jetzt. Man begriff gar wohl, daß ein abtretender Minister eine wichtige politische Frage nur im Einverständnis mit seinem Nachfolger lösen könne und daß diesen die Verantwortung treffe. Der Name Gautsch ist in der Diskussion über die Sprachenfrage kaum genannt worden. Und so ist auch jetzt jedem Einsichtigen klar, daß für die Sanktionierung der Wiener Wahlreform Herr Koerber und nur Herr Koerber verantwortlich ist.

Aber warum hat Herr v. Wittek sich mißbrauchen lassen? Er ist zwar Beamter und gewohnt, in politischen Dingen den Weisungen, die er erhält, ohneweiters zu folgen. Aber dem klugen Manne mußte, es doch offenbar sein, daß eine Regierung, die Herrn Luegers Reform sanktioniere, die unzuverlässige Freundschaft der Christlichsozialen mit der entschiedenen Feindschaft der Sozialdemokratie erkaufen werde. Er hätte also zumindest vor einem solchen Schritte warnen sollen. Ich glaube aber nicht, daß er dies getan hat; mit gutem Grunde. Die Erfahrungen, die er als Vorsitzender des Ministerrates gemacht hat, mochten ihn belehrt haben, daß fernere Rücksichtnahme auf die sozialdemokratische Partei unpolitisch sei. Keinen Mann in leitender Stellung hat diese Partei je gleich starke Ursachen gehabt zu schonen — ihn offen zu unterstützen mag ihr innerstes Wesen ihr verbieten — als Herrn v. Wittek. Er ist der älteste und einer der fähigsten, und mächtigsten Gegner des Manchesterturns in unserer Bürokratie, die doch an tüchtigen Sozialpolitikern wahrlich keinen Überfluß hat. Und die Manchesterleute wissen gar wohl, was der Staat an ihm hat. Als er ernannt ward, stand in der 'Münchener Allgemeinen Zeitung' zu lesen, daß »ein schlimmer Feind der österreichischen Privatbahnen zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen« sei, Und wenn dort gesagt wurde, daß es kein Ruhmesblatt in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte sei, auf dem die Taten des Herrn v. Wittek verzeichnet stehen, so haben die Herren,

die die Geschichte der österreichischen Wirtschaft vom Standpunkte des Ausbeutertums schreiben, damit eingestanden, daß sie in der Ära Wittek sich keine Lorbeeren holen konnten. So wurden, als Wittek zum Vorsitzenden im Ministerrate berufen war, alle Börsengauner begeisterte Verfassungsfreunde, und in der 'Münchener Allgemeinen Zeitung' wie in der 'Neuen Freien Presse', die heute gar keinen Anstoß daran nehmen, daß Herr Koerber, dessen Name doch unter mehreren §—14—Verordnungen steht, abermals Minister geworden ist, ward verkündet, ein Mann wie Wittek, der mit dem § 14 die Verfassung breche, müsse nach solcher Tat aus dem Amt scheiden. Er könne niemals wieder Eisenbahnminister werden. Und: »die Privatbahnen können in der Tat erleichtert aufatmen, denn die Hoffnung ist nicht unbegründet, daß die Leitung der obersten Aufsichtsbehörde in Zukunft von einem *mehr wohlwollenden* Geiste erfüllt sein wird und daß ein gewisser Wandel in der Eisenbahnpolitik eintreten werde«. Was tat aber unsere Sozialdemokratie? Die 'Arbeiter—Zeitung' hat sich nicht damit begnügt, die obligate Entrüstung über die neuerlich Anwendung des § 14 auszusprechen. In ihren Spalten durfte das persönliche Ressentiment des Herrn Wittelshöfer zum Ausdruck gelangen. Und während in den mit Herrn Wittelshöfer intim befreundeten und vielleicht in der gleichen Angelegenheit von ihm »fachlich« beratene 'Neuen Freien Presse' Herr Wittek angegriffen wird, weil er ein unversöhnlicher und gefährlicher Gegner des Großkapitalismus ist, darf in der 'Arbeiter—Zeitung' Herr Wittelshöfer den Nachweis führen, daß Wittek zu bekämpfen sei, weil er niemals etwas gegen den Großkapitalismus getan habe oder auch nur habe tun wollen. Und so bleibt der schöne Bund mit dem Liberalismus, der unsere Sozialdemokratie, insbesondere die Wiener Sozialdemokratie, zugrunde richtet, aufrecht. Mit einer Partei, die solche Politik treibt, kann eine Regierung nicht rechnen. Da mag man es immerhin nicht unbegreiflich finden, daß sie sich den Christlichsozialen verschreibt.

Die abgeänderte Gemeinde—Wahlreform ist jetzt durchberaten worden. Die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie sind dabei, da sie selbst im Landtag keine Anhänger hat, nur lässig vertreten worden. Umso energischer haben die Liberalen einige tatsächlich sozialpolitische Bestimmungen des neuen Gesetzes, namentlich die Verminderung der Mandate der Inneren Stadt, bekämpft. Herr v. Philippovich hat sich diesmal zwar nicht als guter Politiker, aber als geschickter Diplomat gezeigt. Wenn die Liberalen eine Überzahl von Mandaten für die ihnen sichere Innere Stadt wünschen, stimmt er den Liberalen zu. Wenn die Sozialdemokratie das allgemeine, gleiche und direkte Gemeindewahlrecht wünscht, stimmt er den Sozialdemokraten zu. Und wenn die Regierung einige scheinbare Verbesserungen des christlichsozialen Machwerks vorschlägt, stimmt er schließlich auch dem Vorschlag der Regierung zu. Schnittlauch auf allen Suppen. Aber grün ist der Mann darum keineswegs. In einem Jahre wird er vielleicht schon zum Minister reif sein.

Der niederösterreichische Landtag ist geschlossen. Die Christlichsozialen haben selbst von den bescheidenen Forderungen der Regierung einige unberücksichtigt gelassen. Wenn trotzdem Herr v. Koerber die Wahlreform sanktionieren läßt, wen wird man dann zum Sündenbock machen, um nur das Professoren—Ministerium schonen zu dürfen?

*

Die Christlichsozialen wollen mit Hilfe der Regierung die Wahlreform durchsetzen, die Sozialdemokraten mit Hilfe der Regierung die Wahlreform vereiteln. Der Unterschied: die Christlichsozialen rufen nach der Polizei und die Sozialdemokraten nach dem Vorgesetzten der Polizei.

Bei der Eröffnung einer Parlamentsession werden einer alten Tradition zufolge die Lyriker der Wiener Presse losgelassen, und bei solchen Gelegenheiten sieht man in der Journalistenloge unseres Abgeordnetenhauses zwischen den berufsmäßigen Berichterstattern schmückende Schmöcke sitzen, die, das Notizbuch in der Hand, auf »Beobachtungen« und »Impressionen« lauern. Man konnte sich einen Begriff von dem geistigen Verfall der Wiener Tagesblätter machen, wenn man nach der Vorstellung des Ministeriums Koerber die diversen »Sitzungsbilder« las, mit welchen der trockene Parlamentsbericht ausgeschmückt werden sollte. Das 'Extrablatt' schreibt: »Die Neuen sind alle auffallend große, schlanke Gestalten.« Ebenso schön, wie wahr. Der Dichter hatte offenbar Herrn v. Böhm—Bawerk, Herrn v. Hartel und den Premier selbst, den keineswegs großen Herrn v. Koerber, total übersehen, — eben wegen ihrer Kleinheit. Der Berichterstatter des 'Deutschen Volksblatt' schrieb mit allem Aufwand seines Geistes: »Die Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses vollzog sich unter zahlreicher Beteiligung der Volksvertretung.« Für künftige Fälle sei dem braven Manne eine kleine Permutation empfohlen: »Die Eröffnungssitzung der Volksvertretung vollzog sich unter zahlreicher Beteiligung des Abgeordnetenhauses.«

Das Vorbild impressionistischer Schilderung ist der Bericht der 'Wiener Allgemeinen', die ja für Plastik eigene Ressortredakteure hat. Im Nu ist Herr v. Koerber in den Helden einer modernen Novelle verwandelt: »Er spricht langsam, bedächtig, jedes Wort ist mit schwerer Betonung *fest an seinen Platz gestellt*. Er spricht ohne viel rednerische Gebärden, und seine Handbewegungen scheinen eher von Nervosität geleitet, als die *bewußte gestierende Unterstützung* des Wortes. ... Es geht *ein starker Ernst* von seinen Worten aus und eine überzeugende Sachlichkeit, die gewohnt ist, nur im Tatsächlichen zu *hausen* ... Wenn Beifall die Ansprache unterbricht, dann hebt der Ministerpräsident ein wenig seine Stimme, und ihr *schlanker, hoher Ton* durchdringt mühelos den Lärm und die Rufe.«

Am merkwürdigsten benahm sich, wie immer, das große Weltblatt aus der Fichtegasse. Der zur Premiere kommandierte Stimmungsmensch der 'Neuen Freien Presse' war zweifelsohne von der »grelle Generaluniform« des ewigen Landesverteidigungsministers so verwirrt — er erzählt mit förmlichem Gruseln, daß die Uniform des Grafen Welsersheimb — hu! — »plötzlich, ohne daß jemand ihn auftauchen gesehen hätte, unter den schwarzen Fräcken der Ministerbank hervorstach« —, daß er, wie ein verlegener Rekrut, zwischen rechts und links nicht unterscheiden konnte. So kam es, daß die 'Neue Freie Presse' den neuen Ackerbauminister Baron Giovanelli zum Äußerstlinken ernannte, ihn ihren Lesern als jungen Elegant, als Salongelehrten usw. schilderte, während sie über den armen Herrn Call mit verächtlichem Schweigen hinwegging. Der Giovanelli war aber der Call, und der Call war der Giovanelli. Es geht doch nichts über die Bestinformiertheit eines »Weltblattes«. Ganz besonders lustig ist es, daß diese Verwechslung just der 'Neuen Freien Presse' passierte, die einige Tage zuvor des Langen und Breiten das Regierungsprogramm des Herrn v. Call auf Grund eines speziellen Interviews publiziert hatte. Am Ende war das gar nicht das Programm des Herrn v. Call, sondern das des Herrn Giovanelli, des neuentdeckten »Salongelehrten aus der Welt, in der man sich nicht langweilt«. — Das politische Resumé der 'Neuen Freien Presse' über die Eröffnungssitzung vom Donnerstag begann mit den Worten: »Das *Mittelstück* der heutigen Sitzung bildete das Regierungspro-

gramm.« Man merkte es, der Geist des Autors war schon dem saftigen Mittelstück zugewendet, das ihn am Freitag beim Fischessen erwartete.



»An dem Tanz um das goldene Kalb waren jüdische Bankhäuser in hervorragender Weise beteiligt, namentlich so, daß sie führten und dann freilich Christen aus allen Kreisen, auch die höchsten nicht ausgenommen, sich nur zu gern anführen und verführen ließen. Auch die Presse geriet in schmachliche Abhängigkeit von dem Gründertum und der Börse, und auch dabei spielten jüdische Redakteure eine Hauptrolle ... Man wird nicht leugnen können, daß die Juden allerlei Schuld auf sich geladen und zu Haß und Mißachtung oft wirklichen Anlaß gegeben haben: Durch Wucher an der Börse und auf dem Land, durch die Frechheit jüdischer Journalisten und cliquenhafte Zudringlichkeit und Betriebsamkeit in wissenschaftlichen und akademischen Verhältnissen.«

Die Worte die hier zitiert wurden, entstammen einem Buche, das vom reinsten liberalen Geist oft bis zum Ekel erfüllt ist. Professor Dr. *Theobald Ziegler* hat sie in dem ersten Bande des von dem liberalen Herrn *Schlenther*, dem Neffen der »Tante Voß« herausgegebenen Sammelwerkes »Das 19. Jahrhundert in Deutschlands Entwicklung« niedergeschrieben. Indem er »*die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts*« zu charakterisieren versuchte, ward es Herrn Ziegler klar, daß der *Berliner* Antisemitismus auf Börse— und Preßkorruption zurückzuführen sei. Nicht alle Juden sind Börsengauner, korrupte Redakteure oder cliquenhaft strebernde Gelehrte, und niemand hat an der Bekämpfung jüdischer Korruption ein stärkeres Interesse, als der anständige Jude. »Auf der anderen Seite« meint Ziegler, »darf aber auch nicht vergessen werden, daß es im preußischen Landtag der *Jude Lasker* war, der 1873 in jener großen Rede zuerst mutig den Finger in diese Eiterbeule legte und den Reinigungs— und Gesundungsprozeß dadurch energisch einleitete.«

Man weiß, der Antisemitismus hat in *Wien* keine anderen Ursachen als in *Berlin*. Nur daß der Einfluß der Korruption hier um so viel größer, die Macht der Börse— und Bankenkreise und einer feilen Presse hier um so viel gewaltiger war, weil die Masse der norddeutschen Bevölkerung einen energischen, kräftigen Charakter besitzt, der protestiert und sich auflehnt, während das *Wienertum* schlaff, energielos, von dem ersten Schlechtesten leicht zu beherrschen ist. Die Schamlosigkeit des Korruptionshandels hat schließlich auch im liberalen *Wien* den Antisemitismus erzeugt; und da wir sehen, daß er heute noch blüht und wächst, müssen wir daraus schließen, daß auch seine Ursachen noch unverändert weiterbestehen. Wo aber sind in *Wien* die *Lasker*, die gegen das ekle Treiben sich auflehnen? Unsere »liberale« Presse hat ein Mittel gefunden, sie unschädlich zu machen. Mit Erfolg redet sie anständigen Juden und sogar vielfach anständigen Christen ein, daß jeder, der ihre Macht bekämpft, Antisemit und so ein Gesinnungsgenosse der *Schneider* und *Gregorig* sei.

Aber die Christlichsozialen sind zwar laute, doch keine gefährlichen Gegner der Korruption; denn sie kennen sie nicht. Und zum Kampfe treibt sie bloß die wirtschaftliche Not der Kleinbürgerschicht, die verzweifelnd an das Rettungsseil Antisemitismus sich anklammert. Ich will dieses Motiv gewiß

nicht verachten. Jedoch der sittliche Ernst fehlt, der jede Verderbtheit haßt, und die Denkschärfe, die die Korruption mit Sicherheit zu diagnostizieren vermag. Denen aber, die die Korruption, um der Korruption willen, prinzipiell und in jedem einzelnen Falle hassen, wünsche ich einige von den zarten Beziehungen, die bei uns zwischen Börse und Presse bestehen, zu erklären.

Von den Inseraten und Pauschalien der Aktiengesellschaften hat die große Öffentlichkeit ziemlich richtige Vorstellungen. Die günstige Kritik, welche die geschäftliche Tätigkeit dieser Institute in den Zeitungen erfährt, wird durch größere Inseratenaufträge erkaufte. Der Kaufpreis regelt sich nach der Verbreitung und Unanständigkeit des Blattes. Anständige Blätter werden nach ihrem normalen Inseratentarif honoriert; bei ihnen kann es sich ja nicht darum handeln, die Kritik zu beeinflussen. Aber man muß auch in einigen unabhängigen Blättern inserieren, damit der Zusammenhang zwischen den Inseratenaufträgen und der Behandlung im redaktionellen Teil der abhängigen Blätter nicht allzu klar zutage trete. Diesem Beschönigungsversuche leihen denn auch die meisten anständigen Zeitungen durch Annahme von Inseraten Beihilfe, teils wegen ihrer schwierigen materiellen Situation, in der sie eine beträchtliche Einnahme nicht wohl von der Hand weisen können, teils mit der Begründung, daß die Motive der Auftraggeber ihnen gleichgiltig seien. Unbekannt sind ihnen diese Motive sicherlich nicht. Als seinerzeit einige Ministerien der offiziellen 'Reichswehr' gewisse Publikationen übertrugen, hat beispielsweise der politische Redakteur der 'Zeit' mit vollem Rechte von Korruption gesprochen, da es doch eine Tatsache sei, daß die Interessenten jener Publikationen die 'Reichswehr' nicht lesen. Per analogiam wird er sich also doch auch die Frage vorgelegt haben, ob die Interessenten der Publikationen der Österreichisch—ungarischen Bank, der Creditanstalt, der Niederösterreichischen Escompte—Gesellschaft, der Südbahn usw. die 'Zeit' lesen ...

Neben den Inseratenpauschalien gibt es noch eine zweite regelmäßige Form der Entlohnung der käuflichen Blätter: das sind die »Beteiligungen«, die den volkswirtschaftlichen Redakteuren bei Emissionen gegeben werden. Man räumt den Herren das Bezugsrecht auf eine Anzahl von Aktien al pari oder mit geringem Agio ein. Wenn bald darauf das Papier mit hohem Agio in den Verkehr gebracht wird, verkauft der Inhaber des Bezugsrechtes seine Aktien und streicht den sicheren Gewinn ein. Man hat in früheren Jahren wiederholt Gelegenheit gehabt, wahrzunehmen, daß wenige Tage nach Emissionen der Kurs oft ziemlich beträchtlich sank. Dies kam daher, daß die Beteiligten ihre Aktien möglichst rasch los werden wollten und ihr massenhaftes Angebot den Preis herabdrückte. Um solchen Unzukömmlichkeiten zu entgehen, knüpft man jetzt an die Beteiligung meist die Bedingung, daß mit dem Verkauf eine bestimmte Zeit gewartet werde.

Nächst der Größe des Blattes bestimmt hauptsächlich die Zudringlichkeit und Unverfrorenheit der Redakteure die Höhe der Beteiligung. In einzelnen Fällen sind noch besondere Gründe bestimmend. So existiert in Wien die 'Montags—Revue', ein Blatt, das in wenigen hundert Exemplaren erscheint. Von ihrem Erträgnis führt der Besitzer, ein gewisser Herzog, das Leben eines Millionärs, kauft kostbare altitalienische Bilder, unternimmt teure Reisen, und all dies, ohne daß er es nötig hätte, die Grenzen zu überschreiten, welche die allgemein anerkannten journalistischen Anständigkeitsbegriffe ziehen. Er erhält eben nahezu die gleichen Pauschalien und Beteiligungen wie die 'Neue Freie Presse'. Das kam so: Der Mann war jahrelang der Intimus des Grafen Taaffe. Man hat damals behauptet, der Ministerpräsident pflege von Zeit zu Zeit die Leitartikel der 'Montags—Revue' selbst zu schreiben. Jedenfalls war er mit Herrn Herzog persönlich befreundet und pflegte mit ihm bei den »Drei

Laufers« in der Herrengasse zu frühstücken; und man wußte, daß er die 'Montags—Revue' von der ersten bis zur letzten Zeile lese. Der Journalist verstand die Gönnerschaft des Ministerpräsidenten klug auszunützen. Er wies jede Beteiligung aus dem Pressfonds zurück, so einen gewissen Schein von Unabhängigkeit selbst seinem hohen Freunde gegenüber während. Aber die Aktiengesellschaften wußten, daß eine abfällige Kritik ihres Gebarens in der 'Montags—Revue' die Aufmerksamkeit des Grafen Taaffe erzeuge. Und sie waren nicht saumselig in ihrem Bemühen, solches Übel abzuwenden. Weil aber Österreich das Land der tiefst eingewurzelten Gewohnheiten ist, haben die Pauschalien und Beteiligungen, die Herr Herzog seinem Einflusse unter dem Ministerium Taaffe verdankte, ihre Höhe zumeist bis auf den heutigen Tag bewahrt, so stark auch seither mit der »Bedeutung« des Blattes dessen Auflage gesunken ist.

In allen diesen Fällen handelt es sich darum, daß die Aktiengesellschaften eine positive Leistung — günstige Beurteilung — erzielen wollen. Anders steht es dort, wo eine Unterlassung — das Unterbleiben einer abfälligen Kritik — erreicht werden soll. Wie man da zu Werke geht, will ich heute an zwei markanten Fällen beleuchten. Einer redaktionellen Schlamperei verdanke ich die Kenntnis des ersten. Vor mir liegt Nr. 50 der Wiener 'Sonn— und Montagszeitung' vom 14. Dezember 1896. Auf Seite 6 findet sich der gewöhnliche Sonntagsbrief vom Schottenring. Diese Sonntagsbriefe haben »Köpfe«, in denen durch kurze Schlagworte der Inhalt des Artikels angegeben wird. Diesmal lautet der Kopf:

»EINE GÜNSTIGE WENDUNG. — DIE COMMUNAL—WIRTSCHAFT.
— WIEN—BERLIN. — GOLDMINENSCHWINDEL.«

Ich lese den Artikel. Er ist ungewöhnlich kurz und schließt mit einer Bemerkung darüber, daß »Wien derzeit als Bankier von Berlin fungiere«. Kein Wort von Goldminenschwindel. Aber dem Artikel folgt eine Notiz in Petit—Druck, betitelt »Siebenbürger Goldbergbau«. Sie bespricht den Prospekt der »Fortuna«—Goldminen—Aktiengesellschaft. Wir erfahren, daß die Gründer dieser Gesellschaft ihre Aufgabe »mit der möglichst größten Sorgfalt und Umsicht gelöst,« haben. Es sei zu hoffen, »daß dieses Goldbergwerk ... sich in kurzer Zeit den einträglichsten Goldbergwerken der Welt an die Seite stellen werde«. Ich blättere in der Zeitung weiter. Über die volle Seite 11 dehnt sich der Prospekt der Goldminen—Aktiengesellschaft »Fortuna«. Doch wie erklärt sich das ominöse Wort »Goldminenschwindel« im Kopfe des Sonntagsbriefes? Nicht allzu schwer: Die Sonntagsbriefe sind eigentlich Samstagsbriefe. Noch bleibt ein voller Tag, um Instituten, die angegriffen werden sollen, rechtzeitig einen Wink zu geben. Und — als der Sonntagsbrief, der am 14. Dezember 1896 erscheinen sollte, bereits gesetzt war, kam der Inseratenauftrag der »Fortuna« und mit ihm eine für den redaktionellen Teil bestimmte Reklamenotiz. Nun wurde der Schluß des Artikels vernichtet, an seine Stelle die Notiz in Petit—Druck eingeschoben. Aber Redakteur und Korrektor vergaßen den bösen »Kopf«. Und so kann jeder, der die zitierte Nummer der Wiener 'Sonn— und Montagszeitung' nachlesen will, einen Einblick in die Technik unsrer Volkswirtschaftler gewinnen.

Solche Unterdrückung eines Angriffs ist ein in Wien häufiger Vorgang. Aber die Sache kann leicht gefährlich werden. Man bevorzugt darum gegenwärtig eine andere Methode, die ich an einem Falle aus der jüngsten Zeit darlegen will. Ein täglich erscheinendes Wiener Blatt greift die Linzer Aktienbrauerei an. Der Kurs der Aktien war schon auf Gerüchte hin gewichen; jetzt fällt er rapid. Einige Zeit nachher teilt das Blatt mit, die Gesellschaft habe ihm Einsicht in ihre Bücher angeboten, um zu beweisen, daß die Angriffe unbe-

gründet seien. Natürlich habe der Herausgeber abgelehnt. Aber er habe im Einvernehmen mit der Gesellschaft einen Experten bezeichnet, der die Prüfung vornehmen solle. Dessen Bericht wird nun veröffentlicht; er lautet glänzend. Die Unwahrheit der Behauptungen der Zeitung scheint also ihren eigenen Lesern bewiesen; sie müssen jedoch anerkennen, daß das Blatt korrekterweise der Widerlegung seiner falschen Informationen Raum gegeben hat. Was aber ist inzwischen vorgefallen? Der Herausgeber ist an die leitenden Personen der Gesellschaft herangetreten und hat ihnen mitgeteilt, daß er selbst durch den Kurssturz der Linzer Brauereiaktien hart mitgenommen sei. Er habe 50 Stück zum höchsten Preise gekauft und verliere dabei eine runde Summe. Wie komme er dazu? Die Herren vom Vorstand sind nicht einsichtslos. Man vergütet dem Herausgeber die Kursdifferenz, und jetzt muß er doch für seine Person zufrieden sein. Und das Publikum ist es auch, nachdem es den Bericht des Experten gelesen. Die Aktien beginnen langsam zu steigen ... Ich will den Journalisten auf eine gute Idee bringen. Er kann jetzt dem Vorstand der Gesellschaft mitteilen, daß er anlässlich des Kurssturzes der Brauereiaktien à la baisse spekuliert und 50 Stück zum tiefsten Kurs gegeben habe. Jetzt notieren die Aktien weit höher. Er verliert also ein zweites Mal. Wie kommt er dazu? Das muß ihm meiner Meinung nach ersetzt werden.

Die Geschichte von den eigenen Aktien des Herausgebers ist nicht neu. Man erzählt sich ein hübsches Histörchen von einem Wiener Zeitungsherausgeber — er ist es noch heute — aus dem großen Krachjahre 1873. Der kam zu einem hohen Aristokraten, welcher Präsident einer Aktiengesellschaft war. Er habe sein ganzes Vermögen in den Aktien des Unternehmens angelegt — natürlich im Vertrauen auf den vornehmen Namen des Präsidenten — und sei jetzt zugrunde gerichtet. Wenn man ihm nicht helfe, müsse er die Sache in die Öffentlichkeit bringen. Und könne es dem Aristokraten erwünscht sein, daß sein Name mit all den Praktiken, die bei dem Unternehmen geübt wurden, in Zusammenhang gebracht werden würde? Der vornehme Herr denkt nach; er ist zwar an all dem unschuldig, denn er versteht nichts von Börsenkneifen. Aber wenn in einer Zeitung Lärm geschlagen wird, bleibt doch etwas an ihm hängen. Da zieht er es vor, dem Herausgeber den größten Teil seines angeblichen Verlustes zu ersetzen. Der aristokratische Präsident ist aber zugleich Verwaltungsrat eines anderen Unternehmens; — schöne Namen werden ja überall benötigt. Er kommt zu einer Verwaltungsratssitzung und findet auf der Tagesordnung: die Affäre des Aktionärs X, Zeitungsherausgebers. Ja, was ist's denn schon wieder mit dem Manne? Der Herausgeber war neulich bei dem Direktor des zweiten Unternehmens und hat erklärt, er habe sein ganzes Vermögen in Aktien der Gesellschaft angelegt. Jetzt sei er ruiniert; er müsse Lärm schlagen. Der Direktor hat ihn vertröstet; er werde beim Verwaltungsrat beantragen, Herrn X zu entschädigen. Der verwaltungsrätliche Aristokrat erzählt, was er mit Herrn X erlebt hat. Ich weiß nicht, was hierauf geschah; sicher ist nur, daß keine Anzeige beim Staatsanwalt gemacht wurde ... Neu ist aber an dem Falle aus jüngster Zeit die Verwendung eines Experten. Der Herausgeber hat es so nicht nötig, sich selbst zu exponieren. Er braucht seinen Angriff nicht zu unterdrücken, um Geld zu erhalten, sondern er greift tapfer an. Tritt man dann an ihn mit Anerbietungen heran, so zeigt er sich unerschütterlich. Er will mit der ganzen Sache nichts zu tun haben. Ja, einen Experten mögen die Herren Verwaltungsräte immerhin stellen. Wer der Experte ist, was die Gesellschaft ihm zahlt und was er aussagt, das geht den Herausgeber nichts an. Er wird das Gutachten lediglich zum Druck befördern und höchstens begleitend bemerken, daß hier ein Fachmann — er selbst ist ja keiner und kann also auch nicht prüfen, ob der Experte einer ist — die ungünsti-

ge Meinung des Blattes widerlegt habe. Es ist zu erwarten, daß das Experten-geschäft in Zukunft kräftig aufblühen wird. Besonders, wenn die Experten billig werden ¹.

Ich habe hier keine Namen genannt. Die eine Sache ist zu alt. Und die Geschichte aus den jüngsten Tagen ist ja in »Concordia«—Kreisen nicht ganz unbekannt. Ich kann also abwarten, ob sich nicht vielleicht der Ehrenrat der »Concordia« mit ihr beschäftigen wird. Betreffs des Resultate solcher Verhandlungen hege ich freilich nicht allzu große Hoffnungen. Vor Jahren stand ein »Concordia«—Mitglied wegen einiger »Ungeschicklichkeiten« vor dem Disziplinarrat. Dieser Journalist hatte das Recht, eine gewisse Nachsicht zu beanspruchen. Er erhielt eine ungewöhnlich große Familie schlecht und recht, und eben wegen ihrer Kopfzahl mehr schlecht als recht; er erpresste für sich und die Seinen das tägliche Brot und hat gewiß nicht über seine Verhältnisse gelebt. Aber die kleinen Leute werden in der »Concordia« minder sorgfältig geschont als die Großen. Und als der Mann, der erst die Verhandlung nicht recht ernst genommen hatte, sah, daß man ihm an den Kragen wolle, da empörte er sich: »Es war wohl zu wenig, was ich genommen habe? Was haben denn Sie bei der Gelegenheit bekommen?« rief er einem seiner Richter zu. »Und Sie bei jener?« dem andern. »Und Sie da — und Sie dort?« Die Verhandlung hat damals mit einem Freispruch geendet ...

Die Bekämpfung der finanziellen Korruption ist nicht leicht. Sie ist unmöglich, so lange die Preßkorruption blüht. Nach den Erfahrungen, die ich seit der Gründung der 'Fackel' gemacht habe, fürchte ich mich fast, eine wirtschaftliche Institution anzugreifen. Denn ich liefere sonst den Preß—Erpressern Material, an dem sie ja infolge ihrer Unwissenheit und der Nachlässigkeit, mit der sie die Vorgänge des Wirtschaftslebens verfolgen, oft Mangel haben. So ist es kürzlich mit einer Notiz geschehen, die ich gegen das Hinaufschrauben der Petroleumpreise durch das Kartell veröffentlicht habe. Mein Informator teilt mir mit, daß seither eine Erpressermeute sich auf das Kartell gestürzt hat und daß der Dispositionsfond von 1— 2 Millionen Gulden nicht mehr ausreicht. Und um diese vermehrten Kosten wieder einzubringen, hat das Kartell neuerlich den Petroleumpreis erhöht ...



Man ist gewöhnt, daß in galizischen Talmud—Thoraschulen Tausende jüdischer Kinder um ihren Anteil an der modernen Bildung und am Staate und der Staat um sie betrogen wird. Diese Volksschulen genießen nach wie vor eine Lehrfreiheit, um die sie jede Universität beneiden dürfte. Man ist gewöhnt, daß der Staat in diese Wespennester nicht zu greifen wagt. Neu klang uns die Kunde, daß nun auch in galizischen Klöstern jüdische Kinder festgehalten und um ihr Recht auf den ererbten barbarischen Aberglauben betrogen werden. Das soll keine Beschönigung sein; mit der Verurteilung des Falls Ara-

1 Ein kühner Vorgriff auf die Zukunft. Im heutigen Deutschland gibt es nur noch **Experten**. Man sagt ihnen, was gewünscht wird und sie machen sich an die Arbeit. So entstehen »wissenschaftliche Gutachten«. Im Fall Breivik hatte man es versäumt, dem streng wissenschaftlich arbeitenden Gutachter das zu sagen, so daß er dem Terroristen **Unzurechnungsfähigkeit** bescheinigte. Erst ein zweiter Gutachter, der ebenfalls auf streng wissenschaftlicher Basis arbeitet, lieferte das gewünschte Ergebnis: **voll zurechnungsfähig**.

ten, der die erschreckende Hilflosigkeit der Behörden gegenüber dem frommen Verbrechen zeigt, ist es mir bitter ernst. Aber die 'Neue Freie Presse' verkennt ihre Stellung und ihr Verschulden, wenn sie zu jammern wagt: »Es kann hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß in Galizien tatsächlich die Staatsgewalt an den Pforten des Klosters aufhört.« Kann es denn anders sein in einem Staate, in dessen Lebensadern das Gift der korruptesten jüdischen Einflüsse kreist, in dessen Herrenhaus nach verübter Tat Herr Mauthner sich niederläßt? Ich für meinen Teil freue mich, daß dieses Gift sich in den Übergriffen des Klerikalismus ein Gegengift erzeugt. Soll denn die Generalversammlung der Creditanstalt immer allein immun sein? Es ist abscheulich!

*

Oberlandesgerichts—Präsident Ritter v. Kallina ist eine Zierde der österreichischen Bürokratie. Heute bin ich nur deshalb so frei, ihn zu nennen, weil ich doch verpflichtet bin, meinen Lesern mitzuteilen, daß das von ihm geleitete Gericht in Sachen Alberti contra Creditanstalt auf Unzulässigkeit der Feststellungsklage gegen den Mauthner—Rothschild'schen Gründerrechtschwindel erkannt hat. Ein Angriff aus diesem Grunde liegt mir fern. Ich habe zwar juristische Autoritäten für die Zulässigkeit der Feststellungsklage ins Feld geführt, aber Professor Adler hat selbst die Frage für einigermaßen zweifelhaft erklärt, mindestens für Juristen, welche die Form über die Sache stellen und des glühenden Rechtsgefühls entbehren. Drei Räte in dem zur Entscheidung berufenen Fünfersenat hegten aber ursprünglich keinen solchen Zweifel. Sie hielten ursprünglich die Zulässigkeit der Feststellungsklage für *selbstverständlich*. Sie waren ursprünglich »nicht Juristen genug, um die Sache unklar zu finden«. Gleichwohl zweistündige Beratung, dann Vertagung. Dann änderte innerhalb acht Tagen einer der Räte seine Meinung, vermutlich infolge der Lektüre schlechter juristischer Schriften oder auch nach Besprechungen mit schlechten Juristen. So erklären sich das Urteil und dessen *Gründe*. Die bilden nämlich den Gegenstand eifriger Debatten.

Ich werde mich freuen, an diesen Debatten Anteil zu nehmen. Denn meine Neigung für die Besprechung juristischer Dinge ist im Wachsen ... Vorläufig nur folgendes Resultat meiner Studien. Die Feststellungsklage war angebracht zu der Zeit, da sie Prof. Adler zuerst empfahl. Sie hat aber seither einen Teil ihres Wertes eingebüßt. Heute ist die Tat des Herrn v. Mauthner kaum wieder gut zu machen, und festgestellt ist sie ja bereits genügend. Aber umso schlimmer für ihn. Er hat die Aktionäre um vieles geschädigt, er ist, wenn ich den § 1295 a. b. G. B. richtig verstehe, schadensersatzpflichtig. Er und die anderen Verwaltungsräte, auch die begünstigten Gründer. Die §§ 1301 und 1302 sagen fast prophetisch:

»Für einen widerrechtlich zugefügten Schaden können mehrere Personen verantwortlich werden, indem sie gemeinschaftlich, unmittelbarer oder mittelbarer Weise durch *Verleiten, Drohen, Befehlen, Helfen, Verhehlen u. dgl.; oder auch nur durch Unterlassung der besonderen Verbindlichkeit*, das Übel zu verhindern, dazu beigetragen haben.« Und ... »Wenn aber der Schaden *vorsätzlich zugefügt* worden ist; oder, wenn die Anteile der Einzelnen an der Beschädigung sich nicht bestimmen lassen; so haften Alle für Einen und Einer für Alle ... «

Diese weisen Bestimmungen bieten noch den besonderen Vorteil, daß der Kläger einen unbefangenen Richter aussuchen kann, weil sich die Bestimmung des Richters nach Namen und Wohnort des Erstgeklagten richtet. Man probiere es mit irgendeinem zuverlässigen Bezirksgericht und lade alle Zeugen, durch welche man die in einem solchen Falle wahrhaft dolose Strohmän-

nerwirtschaft bei der entscheidenden Generalversammlung enthüllen kann. Man wähle vorerst einen besonders schneidigen und uneigennütigen Advokaten. Ferner vermeide man vorerst den so gefährlichen Instanzenweg, indem ein Aktionär, der zur Zeit jener Generalversammlung Aktien besaß, *einen Betrag unter 50 fl.* einklagt, um den er durch die Einräumung der Bezugsrechte an die Gründer geschädigt wurde. Wie man sieht, bin ich mit Herrn v. Mauthner und Konsorten nicht fertig, sondern ich stehe am Anfang. Ich hege das bestimmte Vertrauen, daß ich mich nicht bloß zur Unterhaltung eines skandal-süchtigen Müßiggängerpöbels plage, sondern immer mehr praktische Erfolge zum Wohle der öffentlichen Interessen erzielen werde.

*

Freilich stehe ich in diesem Kampfe fast ganz allein. Denn wüßte ich, daß Herr K. H. Wolf vom Börsenwesen nur halb soviel versteht, wie die Herren Szeps und Scharf, so würde ich der 'Ostdeutschen Rundschau' unter den publizistischen Anwälten des Börsenschwindels einen Ehrenplatz einräumen. So rücksichtslos, als es jüngst in einem Börsensonntagsartikel des deutschnationalen Blattes gegen die Aufhebung der Notierung »Geld und Ware« geschah, sind nie vorher die Interessen des Kursbetrugs vertreten worden. Die 'Ostdeutsche Rundschau' scheint den Herren Schelhammer & Schattera dasselbe zu bedeuten, was der 'Kapitalist' dem Konsul Thalberg ist. Die 'Neue Freie Presse' ward, als man dort jenen Sonntagsartikel las, besorgt, daß sie in der Sozialpolitik für den Börsenmittelstand ihre Meisterin gefunden habe. Aber es gelang ihr, die 'Ostdeutsche Rundschau' durch die glänzende Idee zu überbieten, daß außer einem Mittelkurse auch noch die *unausgeführten* Limite zu notieren seien. Wie mancher Börsenkontorinhaber mag bereits davon träumen, daß er einem Sensal aufgetragen hat, Kreditaktien zehn Prozent über dem Kurse zu verkaufen, dem andern, zehn Prozent unter dem Kurse zu kaufen. Beide Limite bleiben unausgeführt, werden als solche notiert und infolge der Notierung den Klienten aufgerechnet. Freilich, im Traume gehen einem viele Dummheiten durch den Kopf. ...



CONCORDIABALLBERICHT

Eines Tages verstummte das Lachen am Stammtische Julius Bauers, und kein Mime stritt mehr mit dem Kellner um die Ehre, dem Witztyrannen in den Überrock helfen zu dürfen. Mit der Diktatur der Theaterschnüffler schien's zur Neige zu gehen. Bloß die Direktoren wollten das alte Untertänigkeitsverhältnis nicht lösen; nach wie vor wanderten Freibillette in die Redaktionen, Tantiemen in die Taschen der Redakteure und der Reinertrag der Premieren in die Pensionskasse des Vereins »Concordia«. Und da es für die Direktoren ein Gebot der Selbsterhaltung ist, das »Theatervölkchen« im Stadium ausgesprochenster Charakterlosigkeit zu erhalten, so klagten sie über den Wandel der Zeiten und versuchten es, die Schauspieler aufs neue ins alte Joch zu treiben. Der Mime wurde angehalten, des morgens dem Schnüffler Stern Rede und Antwort zu stehen, des mittags dem Schnüfflerl Landesberg, und abends fiel er erschöpft jenem Buchbinder in die Arme, dem es die Polizei noch immer nicht verwehrt hat, unsere Vorstadtbühne zu verunreinigen. Nichts hatte im Laufe der Theaterzeiten — allen mutigen Agitatoren zum Trotz — unsere Schauspieler zu einigen vermocht; der systematisch gezüchtete Ekel organi-

sierte sie endlich. Je hitziger die Direktoren darauf bestanden, daß den Kritikern nach wie vor in den Kaffeehäusern von Angestellten ihrer Theater die Überkleider angezogen werden, umso resoluter begannen sich die Theaterleute zu wehren. Und da geschah das Wunderbare. Ein Wiener Hof— und Gerichtsadvokat, Genie der Aufdringlichkeit und Dilettant in allen Künsten, ließ ein Feuilleton im 'Wiener Tagblatt' gegen den Schauspielerstand los. Und die Schauspieler, ungeduldig, ihren Überdruß einmal auszusprechen, ergriffen den schlechtesten Anlaß, um der »Concordia«—Sippe den Dienst aufzusagen. Sie haben wohl alle die keiner Einrede werthe Albernheit des Feuilletons erkannt, sie alle haben der grotesken Tatsache gespottet, daß in dem Blatte eines Frischauer von »macula levis« gesprochen ward, von der Gesellschaftsunfähigkeit eines Standes und von der Verweigerung der Sakramente durch die Kirche des Mittelalters. Wie tief muß aber die Erbitterung nach jahrelanger Fron gewesen sein, wenn dies törichte Feuilleton zum Anlaß der pathetischen Absage gewählt ward! Zwar, die stammelnde Entschuldigung der »Concordia«, die ihren Ball gefährdet sah, galt nichts: nicht irgendein Hof— und Gerichtsadvokat, der zufällig auch Mitglied des Journalistenvereines ist, hatte das Feuilleton veröffentlicht, sondern das 'Wiener Tagblatt', dessen Einflußlosigkeit in der »Concordia« niemand behaupten wird.

Ich hätte den Schauspielern einen würdigeren Vorwand gewünscht; aber ich freue mich, daß einer gebraucht wurde. Nun scheinen bessere Zeiten für den schwachen, jedes Halts entbehrenden fünften Stand heranbrechen zu wollen. Ein schlecht besuchter »Concordia«—Ball ist kein historisches Ereignis, aber einsichtsvollere Besucher wird er zum Gedanken an die Vergänglichkeit alles Irdischen angeregt haben. Darüber helfen auch die belfernden Drohungen nicht hinweg, mit denen die Ehrenmänner der Feder die widerspenstigen Mimen jetzt wieder zur Kette locken wollen. Dieselben Kerle, die glücklich waren, wenn ihnen das Stubenmädchen der Primadonna Auskunft über die Anzahl der Kränze erteilte, erdreisten sich jetzt, über den Schauspielerkultus, dem ein Ende gemacht werden müsse, verächtlich die Nase zu rümpfen. Es sind dieselben Betrüger der öffentlichen Meinung, die durch die aberwitzigste Cliquenherrschaft seit Jahrzehnten das Heraufkommen von Talenten verhindert, den allgemeinen Geschmack verseucht, mit den Kassenbeständen der Theater ihre Taschen gefüllt, ihren Lesern das Interesse für eine ernstere Kunst ausgepeitscht und den dankbaren Pöbel mit dem widrigsten Brei von Kulissenklatsch aufgepäppelt haben. Und diese Leute, von einem leichtsinnigen Staat im Besitze von Druckerschwärze belassen, erkühnen sich, den Schauspielern offen zu drohen: Na wartet, wir kriegen euch noch unter! Wir haben die Druckerschwärze, und mit der ist der Boden gedüngt, auf dem eure Lorbeeren wachsen! Ein Herr Tann—Bergler, den arische Abkunft, nicht Gesinnung, von seinem Kreise scheidet, höhnt die wenigen charakterschwachen Schauspieler, die Furcht vor der Notizenmafia oder der Befehl des Direktors — Herr Bukovics tat sich da besonders hervor — in den »Concordia«—Saal getrieben hatte; Herr Bauer begeht die Erbärmlichkeit, dem Veranstalter der Boykottbewegung in einem Bänkel zu versprechen, daß er in Hinkunft den jüngeren Rivalen mehr loben werde. Der Aufwiegler aber war Herr Sonnenthal, und gegen den geht ein wahres Kesseltreiben los. Wie muß sie's getrieben haben, wenn selbst er, dessen Name heilig war in der Gemeinde, von spontanem Ekel erfaßt, zu offenem Widerstand aufruft. Ich hätte der larmoyanten Güte des Mannes diesen aufwallenden Ernst nicht zugetraut, hätte nie geglaubt, daß just er etwas an dem Treiben der »Concordia« auszusetzen habe, und Wallenstein, der zwar in den Familienszenen auf der Höhe der Dichtung stand, schien mir immer bei den aus Herzenstiefen hervorgeholten

Worten: »Max, bleibe bei mir!« an den einen der beiden »Concordia«—Brüder Schlesinger zu denken. Genug, er hat, wie so oft schon für seine Kollegen besorgt, auch diesmal eine der Befreiung des Standes dienende Aktion kräftig in die Hand genommen; seiner Anständigkeit gebührt Dank und die Versicherung, daß keiner der rachsüchtigen Händler mit Druckerschwärze sich ungestraft an ihm vergreifen wird.

Die Schauspieler werden in der Fortbildung ihres Standesbewußtseins nicht Halt machen. Daß Direktoren den Reinertrag gewisser Premieren dem Verein der Journalisten, Tantiemen den einzelnen schenken, können sie vorläufig nicht hindern. Aber sie können ihren Bedrückern nicht nur — da sie einem Balle fernbleiben — einen Schaden an Repräsentation zufügen; sie mögen zur materiellen Schädigung übergehen, indem sie solidarisch die künstlerische Mitwirkung an geselligen Abenden der »Concordia« verweigern. Antrittsvisiten bei Kritikern sind unstatthaft, persönliche Liebedienereien einzuschränken.

Bisher hat die Schauspielerenschaft selbst vor jenen Preßindividuen gedient, die infolge ihrer über den Betrag von 20 fl. nicht hinausgehenden Korruption von der Aufnahme in die »Concordia« ausgeschlossen sind. Burschen, die mit dem Revolver in der Rechten um den Bühneneingang von Kurortetheatern schleichen, waren hochgeachtet, weil sie die Macht haben, das Konterfei einer Anfängerin mit lobendem Text oder bei Nichtabonnement rücksichtslosen Tadel ohne Bild erscheinen zu lassen. Selbst dieser Sorte, gegen deren Tätigkeit hoffentlich ein neues Strafgesetz die entsprechende Handhabe liefern wird, war die Theaterwelt bisher tributpflichtig, weil sie in dem Glauben leben mußte, daß hier Lob ehre, Tadel schädigen könne, und weil wirklich eine Reihe schuftiger Direktoren von Lob oder Tadel dieser Gilde ein Engagement abhängig machte.

Ich spreche von diesen Zuständen so, als ob sie nicht mehr wären. So zuversichtlich kann ein schlecht besuchter »Concordia«—Ball den Menschen stimmen. Immerhin, schlecht besucht war er. Wieder liegt mir, wie im Vorjahre, eine Absenzliste, die die illustresten Namen aufweist, vor, und sie hat wahrlich an Umfang zugenommen. Mehr denn in früheren Jahren glich das Fest einer vereinigten Redaktionskonferenz, die über die Frage abgehalten wurde, wie man die Abwesenden am empfindlichsten bestrafen könnte. Und wer beschreibt die Verzweiflung des Schmockes, der, als endlich Herr Goluchowski — die treue Kundschaft der liberalen Presse — erschien, seinen Kollegen zurief: »Ein Spalier, ein Spalier, der Goluchowski kommt, und wir haben kein Spalier!« ... Außer ein paar Verwaltungsräten, die doch wenigstens einmal die Leute sehen wollen, die sie das ganze Jahr hindurch bezahlen, kam niemand mehr nach. Am andern Tage hieß es in allen Blättern, man habe »schon lange nicht soviel Liebreiz und Pikanterie« vereinigt gesehen. »Stern an Stern« habe auf der Estrade gegläntzt. Ach, und es waren nur die zahlreichen Träger dieses Namens, die unsere Redaktionen entsendet hatten!

* * *

Der Fasching der bürgerlichen Presse

In winzigem Drucke brachte die 'Neue Freie Presse' kürzlich neben spaltenlangen Berichten über »Volkstheaterabend«, »Weiße Redoute«, »Industriellenball« u. dgl. nachstehende Notiz:

»Der heutige Schnellzug *Lemberg—Wien* ist mit einer halbstündigen Verspätung hier eingetroffen. Die Ursache war, wie uns ein Passagier mitteilt, daß auf einer kleinen Station vor Prerau ein Eisenbahnarbeiter von der Maschine erfaßt und getötet wurde. Der Zug mußte deshalb eine halbe Stunde anhalten, ehe er seine Fahrt fortsetzen konnte.«

Für den Bahnarbeiter, der durch seine Zermalmung die so unliebsame Zugsverspätung verschuldet hat, waren fünf Zeilen verwendet. Das ist nicht viel. Aber die Toilette, die Frau Lanner auf dem Industriellenball trug, war auch nicht ausführlicher behandelt.

* * *

[*Theaternachricht.*] Die Premiere der »*Familie Wawroch*« von Franz *Adamus* wurde verschoben. Herr *Adamus*, der sich behufs Ankaufes alter Kleider von Bergarbeitern in Mähr.—Ostrau befindet, hofft — wenn der Hunger der Arbeiter andauert — noch einige schätzbare Winke für die Regie seines Stückes gewinnen zu können.

ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS.

Herrn v. Doczi. Sie haben am Schlusse der Delegationen durch Herrn *Goluchowski*, der ja Ihre rechte Hand sein soll, die Versicherung abgeben lassen, daß Sie Ihre journalistische Tätigkeit schon seit langem eingestellt haben. Ich habe es nie bezweifelt, daß Ihnen das Herr *Goluchowski* oder sonst ein Subalterner im Ministerium des Äußern wirklich glaubt. Aber vielleicht können Sie mir mitteilen, wer den merkwürdigen Nachruf für den eben pensionierten STAATSRAT *BRAUN* geschrieben hat, den die 'Neue Freie Presse' vor kurzer Zeit veröffentlichte?

Wilhelm Singer, Chefredakteur des 'Neuen Wiener Tagblatt' und Demokrat. Mit dem Orden ist das nämlich eine eigene Sache. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß ich dagegen bin. Aber ich muß Ihnen das noch begründen. Als Präsident der internationalen Preßvereinigung haben Sie während der Buda-pester Millenniumsfeier das Lob Ungarns nur allzu vernehmlich verkündet. Herr *Banffy* hatte auch den besten Willen, Ihren Ordenshunger zu stillen, allein die Sache zog sich doch ein bißchen in die Länge, bis es dem mittlerweile von der Opposition hart bedrängten Regierungschef unmöglich wurde, seine Zusage zu halten. Nun sind mehr als drei Jahre vergangen, und Österreich soll auch diesmal eine Schuld Ungarns bezahlen. Ihr Ordensanspruch ist keineswegs verjährt, Sie beschließen, ihn bei *Goluchowski*, den wir ja mit Ungarn gemeinsam besitzen, geltend zu machen, und bringen einen ellenlangen, geradezu ekelregenden Hymnus auf das staatsmännische Genie dieses Herrn. Ich habe den Artikel in Nr. 25 durch bloßes Zitieren der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Sie erinnern sich ja noch. Das Exposé nannten Sie das »harmonische Werk eines Klassikers«; *Goluchowski* liebe keine unliebsamen Überraschungen, sondern »hier offenbare sich der wahre politische Edelmann, der in Wahrheit erfreut ist, die Pandora—Büchse verhängnisvoller historischer Ereignisse nicht öffnen zu müssen«. Des Weiteren haben Sie versichert, »daß nicht allein Österreich, sondern die ganze politische Welt aus sei-

nem Munde mit Vergnügen die Kunde hört, daß die afrikanischen Vorgänge ihren lokalen Charakter nicht verlieren können«. Und so fort. Nicht zu reden von der niedrigen Art, in der Sie die armen serbischen Gefangenen — noch immer sind sie's — zu höhnen wagten. Wie mir berichtet wird, gelangte Ihr schwulstig—naiver Panegyricos kurz nach Schluß der Delegationen in einer Gesellschaft höherer ungarischer Bürokraten zur Verlesung und entfesselte bei den Herren, die Ihr Ordenssehnen noch von Banffys Zeiten her kennen, wahre Lachsalven. Dem Grafen Goluchowski haben Sie gleichwohl zu Gefallen geschrieben, und Sie werden — das Ereignis soll täglich zu gewärtigen sein — den Banffy'schen Orden mit Zinsenzuschlag, also in höherer Kategorie, erhalten. Indes — vielleicht bin ich noch zurecht gekommen; es sollte mich wirklich freuen. Für Ihre journalistischen Bemühungen um die Person des Herrn Goluchowski haben Sie ja den Orden ohne Frage verdient. Ein minder schöner Zug war die brutale Kündigung von fünf Ihrer Redakteure, die es gewagt hatten, einen Protest gegen die Störung der Sonntagsruhe — Sie wollten mit aller Gewalt ein Montagfrühblatt machen — zu unterzeichnen. Ich weiß, daß Ihnen meine Indiskretion bezüglich der Ordensgeschichte nicht angenehm ist. Aber ich sehe nicht ein, mit welchem Recht Sie von mir jene Rücksicht verlangen, die Sie Ihren fünf Angestellten so herzlos vorenthalten haben. Wenn Sie zur Erholung auf den Semmering fahren und — oh über diese aufschlußreichen Fremdenbücher! — Herrn Bahr mitnehmen, bekommen Sie freilich viel angenehmere Dinge zu hören. Dann ist er geradezu der Singer, und Sie der Goluchowski.

Leser der 'Wage'. Sie wundern sich über die vielen Pseudonyme, die Ihnen allwöchentlich aufgetischt werden? Nemo, Brutus, Ignotus, Publicus, Simson, Augias, Augustin, Catilina, Jago, Spectator — — selbst Lothar soll ein Pseudonym sein! Wer PROFESSOR ATKINSON ist, der neulich über Wirtschaftsverhältnisse in Transvaal geschrieben hat? Sie haben richtig geraten: wieder ein Pseudonym! Aber diesmal kein freiwillig gewähltes. Das kam so. Ein tüchtiger, junger Beamter und nationalökonomischer Schriftsteller, der in Wien lebt und wirkt, hat den Artikel geschrieben. Geschrieben und mit seinem Namen gezeichnet. Der junge Beamte hatte sich gerade auf diese Publikation, die seine Versiertheit in dem entlegensten Gebiete beweisen konnte, redlich gefreut. Aber er hatte nicht bedacht, daß der zierliche Herausgeber der 'Wage' Parfüm von Atkinson auf seinem Toilettetische stehen hat, exotische Namen den heimischen vorzieht und daß ihn zumal in einer Transvaal—Angelegenheit der Name Atkinson blenden mußte. Wie groß war das Erstaunen des jungen Beamten, als er aus der 'Wage' erfuhr, daß seinen Artikel eigentlich der englische Parfümerfinder Atkinson geschrieben hatte. Immerhin wird es jetzt interessant sein, in älteren Nummern der 'Wage' nachzusehen, ob nicht die beweglichen Artikel über Dreyfus ein gewisser PINAUD geschrieben hat ...

Redaktion des 'Wiener Tagblatt'. Daß Ihr Blatt das allerschmutzigste ist, darüber geben Sie sich wohl selbst keinem Zweifel mehr hin. Als ich es nun am letzten Sonntag wie gewöhnlich mit der Feuerzange anfaßte, bemerkte ich eine Unsauberkeit, die für mich von ganz speziellem Interesse war. In einem längeren Artikel befassen Sie sich mit der literarischen Diebstahls—Affäre SCHRÖTTER, die in Nr. 32 der 'Fackel' aufgedeckt war. Sie flicken ein paar unwichtigere Informationen hinein, die jetzt, da die Sache bereits dank meiner Intervention im Rollen ist, billig wie Brombeeren zu haben sind, und wiederholen im übrigen, manchmal mit stilistischer Treue, alles das, was schon in der 'Fackel' stand. Das Ganze ist »ORIGINALMITTEILUNG DES 'WIENER TAGBLATT'« betitelt. Sehen Sie, so hat's der junge Herr Schrötter, über den Sie sich so sehr ereifern, auch gemacht. Nur mit dem Unterschied, daß er die eigentlichen Au-

toren, die Herren Doktoren Mager und Heller, wenigstens verschämt GENANNT hat. Sie stehlen ohne den letzten Rest von Schamgefühl! Nun, wenn ich mehr Zeit hätte und wenn's nicht gar zu schäbig wäre, gegen Euresgleichen einen Prozeß zu gewinnen, würde ich ohne weiteres die Klage wegen Verletzung des Urheberrechtes (Nachdrucks ohne Quellenangabe) überreichen. So lasse ich es dabei bewenden, Herrn Otto FRISCHAUER, der jetzt Euer »Chefredakteur« ist, nach wie vor für einen KLEBRIGEN Herrn zu halten. Ich habe ihm in Nr. 14 bei Besprechung der Rennenser Berichterstattung zum erstenmale dieses Epitheton verliehen. Er entschloß sich damals, das Bezirksgericht zu behelligen, das ihn sofort abwies. Der kluge Richter, Herr Dr. v. Heidt, entschied mit feinsinniger Ironie, daß der Ausdruck »klebriger Herr« keine Beschimpfung sei, sondern eine Schmähung, für die der Wahrheitsbeweis erbracht werden könnte. Darauf versuchte es der von der Kammer erst kürzlich disziplinierte Advokat und Anstifter des Sodawasser—Prozesses beim Landesgericht und schien — man konnte sich damals vor Staunen nicht fassen — ernstlich entschlossen zu sein, vor den Geschwornen mich den mühelosen Wahrheitsbeweis dafür, daß er ein klebriger Herr sei, lückenlos erbringen zu lassen. Aber er hat's leider wieder nicht ernst gemeint. Frischauer ist, wie so oft schon in seinem Leben, auch diesmal nicht vor die Geschwornen gegangen. Er begnügte sich damit, den Untersuchungsrichter durch einige Zeit zu belästigen, — dann zog er die Klage zurück. So bleibt mir nichts übrig, als den Beweis für seine Klebrigkeit oft und oft von diesem Forum aus zu erbringen.

An Direktionen von Theatern, Bahnen und ähnlichen Instituten, die gewohnheitsmäßig Journalisten Begünstigungen zukommen lassen, trete ich nur mit dem einzigen Ersuchen heran: Jedermann, der auf meinen Namen (auch Visitkarte) oder durch die Behauptung, zur 'Fackel' in irgendeiner Beziehung zu stehen, freie Karten, Fahrten u. dgl. erlangen möchte, ohne Bedenken der Polizei zu übergeben. Ich sehe mich genötigt, ausdrücklich diese Bitte zu stellen, da mir in der letzten Zeit — wenn auch leider nicht in faßbarer Form einige Fälle derartigen Schwindels gemeldet wurden. Die Herren Betrüger werden ersucht, künftig behufs größerer Glaubwürdigkeit lieber die Namen angesehener »Concordia«—Mitglieder mißbrauchen zu wollen.

Löbliche k. k. Polizeidirektion. Am Sonntag, dem 25. Februar, sind wieder einmal Arbeiter, die in kleineren Gruppen ruhig über die Ringstraße nach Hause gieren, auf das gröblichste von berittenen Polizisten attackiert worden. Ich bin in der Lage, Ihnen Zeugen dafür namhaft zu machen, daß ein tschechisch—deutsch redender Polizeiinspektor in der Nähe der Oper einzelne Leute zu dem in der letzten Zeit so beliebten »Auseinandergehen« aufgefordert und der Wache den Auftrag erteilt hat, auf das Trottoir zu reiten. Ein Arbeiter wurde bei dieser Gelegenheit verhaftet, weil er es gewagt hatte, sich von einem Pferdehuf verletzen zu lassen. Der böhmische Polizeiinspektor hat natürlich die Schlacht glänzend gewonnen ... Pauken Sie doch Ihren Leuten Besonnenheit ein! Diese Wahlrechtsdemonstrationen der Polizei werden nachgerade unerträglich und langweilig. Glauben Sie denn wirklich, daß Ähnliches in einer anderen Stadt vorkommt und daß die fremden Polizeifunktionäre, die öfters zu uns reisen, um die Einrichtungen unserer Polizei zu studieren, gerade die Schlachtszenen nachahmen werden? Nein, meine Herren, Sie müssen FÜR, nicht GEGEN die Sicherheit des Staatsbürgers wirken. Ihre Sache ist es, EINBRECHER zu erwischen, — WOMÖGLICH ohne Zuhilfenahme eines Stieler'schen Handatlas!

Herrn A. F. Trotz eindringlicher Bitte und trotz Ihrer Versicherung, daß Blätter, wie 'Neue Freie', 'Neues Wiener Tagblatt' und 'Fremdenblatt' ihn zurückgewiesen haben, hin ich nicht in der Lage, den mir übersandten »AUFRUF«

abzudrucken. Es geht nicht an, Männer wie HOCHENECC und SCHAUTA ohne eingehende Überprüfung des Sachverhaltes so schwer zu beschuldigen. Auch den Anklagen gegen das SANATORIUM LÖW könnte ich eine solche nicht ersparen. Ob hier wirklich jene Mißwirtschaft herrscht, der Sie den Tod Ihres Kindes zuschreiben, wird ja der Staatsanwalt, der sich für die Angelegenheit bereits interessiert, bald eruiert haben. Sollten sich dann Vertuschungsgelüste in der Öffentlichkeit geltend machen, so werde ich zur Stelle sein. Bis dahin erspart es mir der staatliche Ankläger, das komplizierte Material zu sichten, das mir jetzt von Ihnen und vorher schon von vielen anderen zugetragen wurde und das doch so schwer kontrollierbar ist. Ich freue mich immer, wenn der Staatsanwalt — nicht der konfiszierende — mir einen Teil meiner redaktionellen Arbeit abnimmt.

Technischer Chemiker. Ihnen wie allen Ihren Kollegen herzlichen Dank für die Zustimmung. Sie sind der Meinung, daß die Art, wie HERR v. PERGER auf die »Angriffe« reagiert, ganz verfehlt sei. Herr v. Perger trachtet den Inspirator zu finden, während es doch ausschließlich in seinem Interesse wäre, endlich den lange gesuchten Farbstoff zu finden. Und wieder besuchte ihn ein Freund in seinem Laboratorium, und wieder hatte er Gelegenheit, schmerzlich auszurufen: »Ich find' halt nichts und ich find' halt nichts!« ... Nun ja, ich würde es ebenfalls für richtiger halten, wenn er kurz entschlossen vom Unterrichtsministerium die Einleitung einer UNTERSUCHUNG verlangte, bei der sich auch die Berechtigung oder Nichtberechtigung der »Angriffe« unbedingt herausstellen müßte. — Der Chemikerverein hat nichts unternommen; vermutlich aus dem Grunde, weil einige demonstrationslüsterne Herren bemerkten, daß die entschiedenen Gegner Pergers in der Majorität waren.

Mechan., Prag. Sie irren. Ich habe noch nie eine Zeile für das von Ihnen genannte mährische Blatt geschrieben.

Fritz Eck. Jawohl, wenn man in Wien vor einem linguistischen Rätsel steht und sich schon gar keinen Rat mehr weiß, ruft man einen DIENSTMANN. Das haben wir aus dem Prozeß gegen die ungarische Simulantin erfahren. Ein Dienstmann als Sachverständiger für orientalische Sprachen: — man wird in Zukunft gewisse Mitglieder unserer Akademie der Wissenschaften nur mehr GÄNGE machen lassen, — freilich nicht bis ins unergiebiges Asien, wohin sie öfter vorgedrungen sind. Dies gilt natürlich nicht für Herrn David Heinrich Müller, den kühnen Forscher, der sich bis in das Innere von Arabien vorgedrängt hat.

Albert J. Gutmann, kaiserlicher Rat, Musikhändler, katholisch. Eine Schar von Verehrern ANTON BRUCKNERS bittet mich, Sie zu befragen, wie es mit den Einnahmen aus den Werken des Meisters steht. Man behauptet, daß zwischen Ihnen und dem allverehrten Manne ein Vertrag bestanden hat, in dem Sie sich verpflichteten, nach Deckung der Kosten des Stiches einen bestimmten Anteil — Bruckner hatte ja doch immerhin auch einiges Verdienst an seinen Werken — dem Komponisten zuzuwenden. Und nun heißt es, daß von den Einnahmen für zwei Symphonien und ein Streichquintett weder Bruckner bei Lebzeiten noch auch seine rechtlichen Erben, Bruder und Schwester, bisher einen Kreuzer erhalten haben. Durch diesen Umstand beunruhigt, wendet sich die Schar der Bruckner—Verehrer nunmehr an Sie, als den einzigen Mann, der heute in der Lage ist, über den Ertrag der Bruckner'schen Werke authentische Auskunft zu geben. Sie würden sich ein musikhistorisches Verdienst erwerben, wenn Sie die Öffentlichkeit, die wenigstens nach dem Tode ihrer Großen Anteil an deren materiellem Wohlergehen nimmt, darüber belehren wollten, wie sich die Popularität eines Mannes wie Bruckner in Zahlen ausdrücken läßt, und alle Zweifel an der Ertragsfähigkeit eines musikalischen

Genius verscheuchten. Daß es nicht »Patti—Preise« sind, auf die er Anspruch hat, ist man ja längst gewöhnt, mit Resignation hinzunehmen.

Alle jene, die mich um eine Unterredung ersuchen, bitte ich, den Gegenstand vorher schriftlich zu bezeichnen.

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: **K a r l K r a u s.**
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

